

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

15.9.1863 (No. 216)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 13. September.

N. 216.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgeld: die gepaltene Retzelle oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Karlsruhe, 13. September.

Aus dem Kreise der liberal-nationalen Partei geht uns von einem ausgezeichneten Mitgliede derselben eine Reihe kritischer Aufsätze über die Frankfurter Reformakte zu, denen wir die Aufnahme um so lieber gewähren, als die darin geltend gemachten Gesichtspunkte im Wesentlichen mit unserer Ansicht über den Werth des beschlossenen Entwurfes übereinstimmen.
Die Redaktion.

Unsere Stellung zu dem österreichischen Reformprojekt.

Die österreichischen Vorschläge zu einer Reform des Deutschen Bundes auf seiner bisherigen Grundlage, d. h. als Staatenbund, sind im Prinzip von keiner deutschen Partei zurückgewiesen.

Auf welche Gründe der Beifall jener äußersten Partei, der von Anfang an in den lautesten Jubelstößen erschallte, zurückzuführen ist, mag dahin gestellt bleiben. Weiß diese Partei im Nothfall mit jeder politischen Form sich zurechtzufinden, so bietet ihr doch die Schwäche des Staates die günstigsten Bedingungen für ihre Enten; und sie mag also, von allen weiteren Plänen und Hintergedanken abgesehen, eine Neugründung des deutschen Staatenbundes schon deshalb mit aufrichtiger Freude begrüßen, weil sie darin ein vielversprechendes Mittel gegen die von ihr gefürchtete politische Kräftigung unseres Volkes in einem Bundesstaate erblickt.

Dem sog. großdeutschen Programm kommen die österreichischen Vorschläge insofern entgegen, als sie, wie jenes, die lose Form des Staatenbundes beibehalten, welche dem im großdeutschen Lager stark vertretenen Partikularismus ausreichende Gewähr bietet, daß ihm keine erheblichen Opfer werden angefordert werden. Mit dieser Ueberzeugung, die durch das Bekanntwerden des Entwurfs, durch das genauere Studium desselben und durch manche an ihm vorgenommenen Aenderungen mehr und mehr befestigt werden mußte, hängt es vielleicht auch zusammen, daß der Theil der großdeutschen Presse, in welchem die partikularistischen Neigungen noch stärker sind als das Großdeutschthum, mit seinen anfänglich etwas zurückhaltenden Beifallsbezeugungen immer lauter und wärmer wurde.

Die nationale Partei endlich konnte nur mit einem Opfer ihrer theuersten Ueberzeugungen auf die österreichischen Vorschläge eingehen, durch deren Ausführung Das, was sie am dringendsten für geboten hält, die Herstellung einer einheitlichen Regierung von parlamentarischem Charakter im deutschen Bundesstaat, wesentlich erschwert würde. Die nationale Partei hat aber in der Erkenntniß, daß ihre Ideale jetzt nicht zu verwirklichen sind, zu jenem Opfer sich bereit erklärt; sie will, auf den Bundesstaat einstweilen verzichtend, an der Neugestaltung des bloßen Staatenbundes redlich mitarbeiten, wenn dieselbe nur die Aussicht eröffnet, den immer unerträglicher werdenden Zustand politischer Hilflosigkeit unseres Volkes inmitten täglich drohender Gefahren wenigstens einigermaßen zu verbessern.

Wie schwer es auch dem Einzelnen werden mag, etwas von seinen Ueberzeugungen zu opfern, unser deutsches Volk ist, Dank der Politik, welche eine seiner Großmächte zur Zeit befolgt, in eine Lage gebracht, in welcher für den Patrioten auch Opfer an Ueberzeugungen in Betracht gezogen werden können, wenn dagegen die Sicherheit des schwer bedrohten Vaterlandes um etwas erhöht wird.

In diesem Geiste hat die nationale Partei ihre Stellung zu den österreichischen Reformvorschlägen genommen; sie fand ihren bestimmtesten und impoantesten Ausdruck in den Beschlüssen des Abgeordnetentages; sie trat von Anfang an in den verschiedensten Schattirungen in allen Organen der sog. kleindeutschen, der national-vereinslichen, der mehr neutralen Presse hervor.

In demselben Maße aber, in welchem die großdeutschen Blätter in ihrem Eifer für die Reformvorschläge den ultramontanen mehr und mehr an die Seite sich stellten, in demselben Maße befestigte sich bei allen entgegenstehenden Parteien das kühle Urtheil, daß die Reform, so wie sie von dem Kaiser von Oesterreich angeboten und von der Mehrzahl der deutschen Fürsten mobilisirt angenommen wurde, für das deutsche Volk nicht annehmbar sei, da sie, weit entfernt, für die vorhandenen Uebel Abhilfe zu schaffen, die Gefahren, in denen die Nation schwebt, durch widernatürliche und unnötige Spannung der Gegensätze noch erhöht.

Wir müssen diesem abfälligen Urtheil beistimmen; unsere Empfindung dabei ist wahrlich der Schadenfreude über einen mißlungenen Zug der politischen Gegenpartei so fern wie möglich; sie ist der aufrichtigste Schmerz darüber, daß unsere Nation inmitten der gefährlichsten europäischen Konstellationen von einem Zwiespalt bedroht wird, der an die traurigsten Perioden unserer Geschichte erinnert. Die großdeutschen und ultramontanen Gegner sind schnell mit dem Vorwurf bereit, nur Parteieigennutz hindere uns, dem Reformprojekt beizustimmen, dessen Vortrefflichkeit nach ihnen eines Beweises nicht bedarf. Wir würden ihm selbst ohne Glauben an diese Vortrefflichkeit und mit dem Opfer unserer innigsten Ueberzeugungen zustimmen, nur um den erhöhten Leidenschaften

Zeit zur Beschwichtigung zu gönnen, wenn es nur nicht die Gefahren für unsere nationale Existenz, die es beschwören soll, vergrößerte, und der in einem Theile Deutschlands mühsam begründeten politischen Freiheit mit neuen Gefahren drohte.

Wir werden nicht säumen, dieses harte Urtheil über die Reformakte durch Einzelausführungen über die wichtigsten ihrer Bestimmungen vor unsern Lesern zu rechtfertigen; für heute kommt es uns nur darauf an, im Allgemeinen unsern Standpunkt zu bezeichnen, nach welchem wir eine, allerdings nur mäßige, Verbesserung der politischen Zustände Großdeutschlands auch auf der völkerrechtlichen Grundlage des bisherigen Bundes für möglich, das Gebotene aber nicht für eine Verbesserung, sondern für eine Verschlechterung halten.

Ist in dem Staatenbunde eine staatliche Unterordnung der Einzelstaaten unter das Ganze begrifflich ausgeschlossen, so können dieselben doch immerhin im Bundesvertrage auf einzelne Befugnisse zu Gunsten der Bundesbehörde verzichten und dadurch die über das Ganze waltende Zentralgewalt erhöhen. Vergebens haben wir aber in dem Reformprojekt nach dem kleinsten Opfer gesucht, das die Partikularisouveränität zu Gunsten des Ganzen sich auferlegt hätte. Die Bundesgewalt ist lediglich um nichts erweitert, die unausbleibliche Folge davon ist: sie wird auch in Zukunft nicht mehr zu leisten vermögen als bisher. — Hält man eine Ausdehnung der rechtlichen Attribute der Bundesgewalt nicht für thunlich, so blieb noch die Möglichkeit, ihre moralische und thatsächliche Autorität dadurch zu steigern, daß ihr eine starke Volksvertretung zum Stützpunkt gegeben wurde; eine Versammlung von Delegirten der Einzelstaaten, die nur alle drei Jahre berufen wird und gegenüber der Bundesregierung nicht ein einziges konstitutionelles Zwangsmittel besitzt, kann aber, selbst ohne Macht, die Autorität der Bundesregierung nicht erhöhen. — Diese selbst könnte, ohne die Grenzen des bloßen Staatenbundes zu überschreiten, doch als ein ausschließlich dem Ganzen angehöriges Organ konstruirt werden; die Reformakte hat keine derartige Einrichtung versucht. Das „Direktorium“ soll, wie bisher der Bundesrat, nach „Instruktionen“ beschließen, der Bund also nach wie vor nicht durch eine ihm angehörige Behörde, deren Glieder den sie ernennenden Einzelregierungen verantwortlich sein möchten, sondern direkt nach den Anordnungen dieser Einzelregierungen geleitet werden, die nach wie vor bei ihren „Instruktionen“ zunächst nicht von dem Interesse des Ganzen, sondern von den Sonderinteressen der durch sie vertretenen Staaten ausgehen werden und müssen.

Unter allen Mitteln, dem Staatenbunde eine größere Energie des Handelns zu verschaffen, hat die Reformakte ein einziges gewählt, von trügerischem Eifer, und das in seiner Föhrung mehr schlimme als gute Wirkungen haben wird; die Beschlußfassung soll nämlich immer durch Majorität geschehen, in der Regel durch einfache, in einigen besonders wichtigen Fällen durch Majorität von $\frac{2}{3}$ oder $\frac{3}{4}$ der Stimmen; die in der Bundesakte für eine Reihe von Beschlüssen geforderte Stimmenteinhelligkeit war in der Reformakte, wie Oesterreich sie vorlegte, ganz beseitigt. Daß sie nach den Beschlüssen des Fürstentages für Aenderungen der Bundesverfassung selbst wieder hergestellt wurde, ist praktisch kaum von Belang, da nahezu eben so leicht wie 17 auch alle 21 Stimmen des Bundesrathes sich einig werden; für den Sinn, in welchem man die „Entwicklungsfähigkeit“ des Reformwerkes aufsaßt, ist jener Beschluß aber doch von Bedeutung. Das Prinzip der Majoritätsbeschlüsse selbst ist aber unter den gegebenen Verhältnissen von trügerischem Werth und die Quelle ernstlicher Gefahren. Der Deutsche Bund umfaßt und soll auch in Zukunft umfassen zwei europäische Großmächte. Nach der Natur der Dinge wird ein Majoritätsbeschluß, statt Stimmenteinhelligkeit, kaum anders als so vorkommen, daß die eine Großmacht mit den mehreren Stimmen der andern mit den weniger gegenübersteht. Es ist ein gefährlicher Wahn, zu glauben, die letztere werde in irgend einem Punkte, den sie als eine Lebensfrage für sich betrachtet, dem Votum einiger Mittel- oder Kleinstaaten weichen, oder sie würde ihre Interessen denen der andern Großmacht unterordnen, weil diese zufällig die Mehrzahl der Stimmen für sich gewann. Eine unbedingte Geltung von Majoritätsbeschlüssen, berechnet nach den Stimmen der Staaten, ist bei der dormaligen Zusammensetzung des Deutschen Bundes eine thatsächliche Unmöglichkeit, welche durch einen Paragraphen der Bundesverfassung erzwungen zu werden, nur die Zerreißung des Bundes in unmittelbare Aussicht stellt. Eine so gewagte Bestimmung wäre nur erträglich unter dem Druck eines mit den reichsten rechtlichen Befugnissen und einer überwältigenden moralischen Autorität ausgestatteten deutschen Parlaments. Ein solches könnte vielleicht den Staatenbund über alle Gefahren hinaus zu festerer Gestaltung führen; wir wenigstens würden vor diesem Wagniß nicht zurückzucken, aber zu groß dünnt uns das Risiko, mit Direktorium und Bundesrath die unbedingte Geltung der Majoritätsbeschlüsse zu versuchen.

Die Erfahrungen mit der Reformakte selbst haben bereits dagegen entschieden. Nur unten dem unwiderstehlichen Einfluß der jubelnden Volksstimme aus ganz Deutschland hätte das widersprechende Preußen genötigt werden können, auf

jede Bedingung hin den neuen Bund anzunehmen. Er hat jenen Beifall nicht erlangt, und der Versuch, ihn ohne und gegen Preußen als Sonderbund ins Leben zu rufen, was wäre er Anderes, als eine schmachliche und unselige Zerreißung unseres Volkes? Wir begreifen jeden Mißmuth über das Regiment, das in diesem Staate zu seinem und unserm Verderben gehandhabt wird, aber unbegreiflich ist ein Deutschland ohne Preußen, und nicht zu erwarten ist die Annahme der Reformakte durch Preußen, die ihm zugleich seine freie europäische und seine hervorragende Stellung in Deutschland entzöge.

Wir müssen die Reformakte zurückweisen, nicht weil sie den Bundesstaat vorenthält, in welchem allein wir volle Hilfe für die Leiden unseres Volkes erblicken, sondern weil sie selbst von allem Dem nichts gewährt, was innerhalb des bloßen Staatenbundes möglich ist, und durch die unbedingte Zulassung von Majoritätsbeschlüssen gegen den täuschenden Schein größerer Handlungsfähigkeit des Bundes die reale Gefahr seiner Zerreißung in furchtbare Nähe rückt.

Der „Badische Beobachter“ und konstitutionelles Staatsrecht.

Konstitutionelles Staatsrecht und die Theorien des „Badischen Beobachters“ sind Pole, die sich unverwundlich abstoßen. Jene gravitiren in allen Richtungen der Windrose um denselben Mittelpunkt. Dienstbar einem außerhalb des nationalen Staates liegenden Interesse, sucht der „Beobachter“ in der Staatsbildung in dem in Deutschland zu begründenden Staatenysteme wesentlich nur die Förderung dieser Partei sache. Das muß ihm billig verziehen werden. Dazu kann die Lehre des absoluten Königthums, wie sie in Königsberg neu bekannt wurde, förderlich sein, wenn der Fürst sich den Zwecken der Partei hinzugeben geneigt scheint. Dazu nützt ein andermal giftiger Hohn und wilder Cynismus gegen die Monarchie, wo sie sich ihrem Einfluß entziehen will. Auch der Republik zieht sie unter diesem Banner mit ungeheurer Festfreude entgegen, und gilt es, mit dem theoretischen Sozialismus einen Bund zu flechten, so ist wieder die Kirche, wie sie dieselbe darstellt, das älteste sozialistische System. All Das ist begreiflich, wo Grundsätze im umgekehrten Verhältnis zu dem Eifer stehen, mit dem nach dem ersuchten Ziele der „Gewalt“ gestrebt wird, und zu der Gewohnheit, alle Mittel für gerecht zu finden, wenn sie nur nützlich sind.

All Das haben wir selbst in diesem Land erfahren; haben vor Allem erfahren, was Verfassungsrecht der Partei des „Beobachters“ gilt, wenn sie glaubt, einen entscheidenden Griff zu dauernder Begründung ihrer Herrschaft zu thun. Der „Beobachter“ und seine politischen Freunde dürfen sich unter solchen Umständen nicht wundern, wenn wir wenig Glauben an ihre Einsicht in konstitutionellen Dingen haben und in der Handhabung eines Systems, für dessen geheißliche Wirksamkeit es auf Vaterlandsliebe, auf Mäßigung, auf freie Selbstbeschränkung in der Uebung der Macht und auf Achtung des Rechts Aller ankommt, Nichts von ihnen lernen wollen. Bedürfen wir einmal ein Beispiel, wie man Gegner, die unbequem sind, mit kleiner Verläumdung zu verwunden sucht, wie man sein Heimathland dem Auslande denunziert und es herabzuziehen sucht, weil man in ihm nichts gilt —; gelüftet uns einmal gegen sie selbst nach der Anwendung rückichtsloser Gewalt, mit der sie als herrschende Partei die unterlegene verfolgen und Andersdenkende in ihren Existenzen vernichten würde, — dann würden wir zum „Beobachter“ kommen und seine Weisheit und seine Moral uns zu Nutzen machen. Es ist von dem genannten Blatte nicht wohlgethan, wenn es seinerseits das Gebiet, in dem es zu Hause ist, so ganz verkennt und plötzlich Konstitutionalismus lehren will, und sich auf das schüßrige Feld seiner subtilen Kontroversen begibt. Weil es aber doch einmal einen Gang auf so ungewohnten Boden unternommen, so mögen unsere Leser uns verzeihen, wenn das seltene Schauspiel auch uns einige Augenblicke fesselt und wir einzelnen seiner Bewegungen bei demselben folgen. Dabei entdecken wir leider nur zu bald hinter unserem konstitutionellen Rechtskundigen einen jener Schauspieler, die aus der Rolle fallen. So erscheint der neue „Beobachter“ dann sofort als der alte „Anzeiger“, der glaubt, er könne politisches Kapital machen, wenn er einmal in der Maske konstitutioneller Gewissenhaftigkeit auf-trete.

Er behauptet, der Satz, die Deckung der Krone durch die ministerielle Verantwortlichkeit sei ein Vorzug für jene, sei dann falsch, wenn daraus dem Fürsten das Recht bestritten werden wolle, sich seinerseits ohne diesen Schutz zu verpflichten. Die entgegengesetzte Lehre entwürdigte den Fürsten zu einer nur von dem Minister aufzuziehenden und zu regulirenden Regierungsmaschine. Nach dieser Theorie könnte kein Ministerium entlassen und kein anderes angenommen werden, wenn die jeweiligen Minister sich weigern, die „verantwortliche Deckung“ dieses Entschlusses zu übernehmen. Die Ungereimtheit dieses letztern Satzes liegt freilich auf der Hand. Umgekehrt würde die gleiche Ungereimtheit gewiß uns treffen, wollten wir behaupten, der konstitutionelle Fürst könne sich nicht persönlich verpflichten — und könne keine

frei eigenen Entschlüsse fassen. Wohl aber soll er Regierungshandlungen, insbesondere die Uebernahme bindender Verpflichtungen, für welche eine Vertretung vor den Kammern seines Landes erfordert wird, nicht einseitig selbst und ohne die Gewißheit vorzunehmen, daß entweder seine gegenwärtigen Räte die Verantwortung zu übernehmen sich bereit erklärt haben, oder ohne daß er weiß, daß künftige eine solche tragen wollen oder können. Denn wir geben unsern staatsrechtskundigen Gegnern, für die die Verantwortlichkeit der Minister nur eine Rechtsfiktion ist, zu bedenken, was geschehen soll, wenn erstere diese Verantwortung ablehnen, andere im Lande mögliche sich nicht finden oder die, welche sich vielleicht finden, die Genehmigung der Kammern nicht zu gewinnen vermögen? Verordnet der „Beobachter“ dann wiederholte Kammerauflösung, Verfassungsbruch oder den Staatsstreich? Oder wird durch Entlassung des Ministeriums der Konflikt gehoben werden können, wo der Souverän selbst, aber keineswegs das Ministerium, engagiert ist, — oder soll derselbe dann gar abdiciren?

Daß dieser Fall aber möglich ist, wird der „Beobachter“, der so scharfes Urtheil über die gegenwärtigen preussischen Zustände hat, wohl nicht bestreiten wollen. Er ist seinen Lesern, nicht uns, darüber wohl eine Aufklärung schuldig. Wir verlangen nicht nach seiner Weisheit. Das Publikum aber hat ein Recht auf sein Arcanum, wenn er frech und gewissenlos die wohlüberdachte Lehre der langen Erfahrung der Verfassungsstaaten angreift und dabei sich noch im Tugendmantel spreizt. Bis er aber seine Erwiderung liefert, wollen wir unsern Lesern eine bestimmte Antwort in dieser Streitfrage nicht vorenthalten. Sie heißt:

Was er nicht soll, das kann ein guter Fürst auch nicht.

Telegramme.

Frankfurt, 14. Sept. Die „Europe“ versichert, eine förmliche dänisch-schwedische Allianz sei zwar nicht zu Stande gekommen, wohl aber eine Verabredung für gewisse Eventualitäten: die Aufstellung eines schwedischen Armeekorps im südlichen Schweden betreffend.

In einer zweiten Mittheilung des genannten Blattes heißt es: Nachdem die schwedische Regierung Kenntniß von der unmittelbar bevorstehenden Bundesexekution erhalten, werden 18- bis 20,000 Mann in dem Kopenhagen gegenüber liegenden Theil von Schweden konzentriert werden, um im Fall der Besetzung Holsteins die Meerenge zu überschreiten.

Marseille, 12. Sept. Briefe aus Neapel vom 9. melden, daß am 7. d. der Jahrestag des Einzugs Garibaldi's inmitten einer ungeheuren Theilnahme der Bürger gefeiert worden ist. Die Musik spielte die Garibaldi-Hymne. Die Stadt war illuminiert. Die Verhaftung des päpstlichen Konjuls bestätigt sich. Zwei verdächtige Bourbonische Offiziere sind mit ihm verhaftet worden. Die Brigantenhauptlinge, welche mit dem Major Paoli unterhandelt haben, sind Crocco, Minco Nanco, Caruzo, Tortora und Cino. Sie sind mit 250 Mann in das Gebirg gezogen.

St. Petersburg, 12. Sept. Die Antworten des hiesigen Kabinetts auf die letzten Noten der drei Mächte sind am Morgen des 10. an ihre betr. Adresse abgegangen. Die an der Börse verbreiteten Gerüchte [welche?] sind unbegründet.

Deutschland.

Frankfurt, 11. Sept. Man schreibt der „Nat.-Ztg.“, daß die vereinten Ausschüsse in der holsteinischen Angelegenheit in der Bundestagsitzung vom 17. d. (die am 10. d. M. fällige Sitzung war ausgesetzt worden) Bericht über die dänische Rückantwort auf den Bundesbeschluß vom 9. Juli erstatten und ohne Zweifel das sofortige Eintreten der Bundesexekution beantragen würden. Darunter sei jedoch nicht ein alsbaldiges Einmarschiren der Bundesstruppen (wahrscheinlich Hannoveraner, aber auch darüber sei noch nichts Definitives festgestellt) zu verstehen, denn das Erfüllen der Formalien, wie sie die Exekutionsordnung vorschreibt, erfordere immerhin noch einen Zeitraum von mehr als zehn Wochen, ehe der Einmarsch erfolgen könne. — Wie man demselben Blatt ferner aus Frankfurt mittheilt, belausen sich die Unkosten, welche die Stadt für das Vergnügen, die Fürsten vierzehn Tage beherbergt zu haben, ausgegeben, auf 130,000 fl.

Stuttgart, 11. Sept. (Münch. Kor.) Der König hatte in den letzten Tagen wieder einen jener Krankheitsanfälle zu bestehen, die ihn seit einiger Zeit öfters heimsuchen. Auch dieses Mal ging die Gefahr ziemlich schnell vorüber. — Moritz Wohl hat jetzt seinen Kommissionsbericht über den Handelsvertrag beendet. Seine Arbeit soll sehr ausführlich sein.

Berlin, 11. Sept. Die ministerielle Provinzialkorrespondenz, zur Benützung der Kreis- und Lokalblätter bestimmt, sagt in Bezug auf die Wahlen:

Die Regierung darf die Zuversicht hegen, daß die königl. Beamten, im vollen Bewußtsein ihrer besondern Pflicht und Verantwortung, sowie der Ansprüche, welche die Regierung des Königs an sie zu machen berechtigt und entschlossen ist, überall dieser ihrer Stellung gemäß handeln und, so viel an ihnen ist, dem irreligiösen Treiben der regierungseindlichen Parteien entgegenzutreten werden. Sicherlich wird die jetzige Regierung nirgends auch nur einen Augenblick dulden, daß Beamte sich an solchem Treiben betheiligen. Die Regierung hat durch die That gezeigt, daß sie das Ansehen und die einheitliche Kraft des königlichen Regiments auch in dieser Beziehung mit allem Nachdruck zu wahren gewillt ist.

Zur Erläuterung setzt die „Kreuztg.“ hinzu: Die vorstehenden Zeilen des offiziellen Blattes, namentlich in Betreff der Stellung der Beamten, haben wir mit Befriedigung gelesen; denn es ist wohl völlig unzweifelhaft, daß die frühere ungestrafte Betheiligung königl. Beamten an den wühlerischen Bewegungen eine der Hauptursachen der tiefen Verwirrung des öffentlichen Bewußtseins gewesen ist. Durch die vorjährigen Wählerlässe ist diesem Uebel wenig

gesteuert worden, theils weil man damals in Beamtenkreisen an den Bestand der neuen konserverativen Regierung noch nicht recht glauben wollte, theils und vor Allem, weil die Regierung selbst nicht zuverlässig und nachdrücklich genug von ihrer Autorität in Uebereinstimmung mit den Prinzipien jener Erlasse Gebrauch machte. Hauptsächlich besteht heute dagegen unter den Beamten aller Ressorts kein Zweifel mehr darüber, daß die jetzige Regierung sowohl die Kraft wie den festen Entschluß habe, jedem Versuch der Fehlonie mit rücker und energischer That entgegenzutreten. Der zuverlässige Wille hierzu auf Seiten der Regierung und der Glaube an solchen Willen auf Seiten der Beamten werden wirksamer sein, als vorerwähnte Wählerlässe, hinter denen die That zurückbleibt.

Berlin, 11. Sept. Der „Köln. Ztg.“ wird von hier geschrieben: Die Regierung hat bereits an alle zustehenden Behörden Anweisungen zur Einleitung der Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus ergehen lassen. Die betreffenden Ministerialreskripte unterscheiden sich in Nichts von den früher erlassenen, und somit deutet Alles auf ein Festhalten an dem bisherigen Verfahren. Gleichwohl spricht man in unterrichteten Kreisen von bevorstehenden Erlassen an Beamtenkategorien zc. In den meisten Kreisen ist die Aufstellung der Urwählerlisten bereits in vollem Gange. Demonstrationen sind nur bis zum 22. September zulässig. Bemerkenswerth ist, daß in vielen amtlichen Kreisblättern dicht hinter dem Wortlaute der königl. Verordnung wegen Auflösung des Abgeordnetenhauses und dem dazu gehörigen Eintrage des königl. Staatsministeriums der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ abgedruckt ist, welcher sich gegen die Fortschrittspartei und Hrn. Schulze-Delitzsch richtet und dessen Aeußerungen auf dem Abgeordnetentage in Frankfurt anklagt.

Die Breslauer Zeitungen veröffentlichen nachfolgendes Inserat, dessen Unterzeichner sämtliche Parteirichtungen, mit Ausnahme der Kreuzzeitungs-Partei, vertreten:

Nach dem Erlasse der königl. Verordnung vom 2. September sehen in wenigen Wochen für das Abgeordnetenhaus Neuwahlen bevor, von deren Ausfall auf Jahre hinaus das Schicksal unserer verfassungsmäßigen Zustände abhängen dürfte. Je stärker das Staatsministerium in der Begründung der Aufhebungsmaßregel den noch ungelösten Konflikt im Innern und die gefährdete Stellung Preußens in Deutschland betont, desto gebieterischer tritt an alle stimmberechtigten Preußen der liberalen Partei die Forderung heran, sich bei den Wahlen zu betheiligen und ohne Rücksicht auf untergeordnete Parteiunterschiede denjenigen als Wahlmännern oder Abgeordnete ihre Stimme zu geben, deren Einsicht, Gesinnung und Charakterfestigkeit für ihr patriotisches und verfassungstreu Verhalten bürgen. Breslau, den 9. Sept. 1863. Dr. Wsch. Red. Dr. Blümner. E. Cohn. Dr. Glöner. J. Friedenthal. Jäckel. E. Kauffmann. Rahwig. Lubwig. J. Moede. H. Molinari. Peterlen. Schüller. Dr. Stein. Stetter.

Berlin, 13. Sept. Die gestern von der „Kreuzzeitung“ gebrachte Mittheilung, daß Preußens Antwort auf das Kollektivschreiben der in Frankfurt a. M. vereinigten deutschen Fürsten und Vertreter der freien Städte den einzelnen Unterzeichnern dieses Schreibens besonders zugehen werde, findet hier von mehreren Seiten Bestätigung. Wie verlautet, soll die diesseitige Antwort in den nächsten Tagen von hier abgehen. Allen Versicherungen nach wird dieselbe ablehnend lauten und zugleich die Gründe darlegen, weshalb Preußen den Frankfurter Reformentwurf in seiner vorliegenden Gestalt nicht annehmen könne. Positive Aenderungs- oder Gegen- vorschläge sollen dabei von hier aus nicht zu erwarten sein. Dem Vernehmen nach liegt es in der Absicht der Regierung, zu einem Vorgehen mit eigenen sachlichen Aufstellungen in Betreff der Bundesreform-Frage erst den Beginn der nächsten Landtagsession abzuwarten. — Für die bevorstehenden Abgeordnetenwahlen ist von Seiten der Fortschrittspartei die Lösung ausgegeben worden: „Wiederwahl der bisherigen oppositionellen Volksvertreter.“ Auch die Liberalen schließen sich zum größten Theil dieser Lösung an und dürften in den meisten Orten wieder mit der Fortschrittspartei zusammenschließen.

Wien, 12. Sept. Die offiziöse „Generalkorr.“ schreibt: Die Frankfurter Zeitung „Europe“ vom 10. Sept. enthält eine Pariser Korrespondenz, welche sagt, Fürst Metternich habe früher der französischen Regierung die Zusicherung gegeben, Oesterreich werde in der polnischen Frage so weit gehen, wie es Frankreich wolle; sogar die Andeutung, daß die kais. Regierung selbst vor einem Krieg mit Rußland nicht zurückweichen werde, sei gefallen. Wir sind veranlaßt, in positiver Weise zu erklären, daß Zusicherungen solcher Art nicht erteilt, Andeutungen im bezeichneten Sinne niemals gemacht wurden. Es ergibt sich hieraus, daß von Seiten des kais. Kabinetts keine Veranlassung vorlag, den Vertreter Oesterreichs am Kaiserlichen Hofe zu desavouiren, was nach den Angaben des Pariser Korrespondenten der „Europe“ geschehen sein soll. Was derselbe im weitem Verlauf seines Briefes über angebliche Projekte des Deutschen Bundes in Bezug auf Polen verumhet, das bedarf kaum einer ernsthaften Berücksichtigung. Der Deutsche Bund ist keine erwerbende Macht.

Nach der „Ost. Post“ hält man in Abgeordnetenkreisen die vom „Votivschreiber“ gestern gebrachte Nachricht, daß Präsident Ritter v. Hasner im Abgeordnetenhaus eine ähnliche Manifestation wie die des Präsidenten der bayerischen Zweiten Kammer, Grafen Hegenberg-Dux, bezüglich der Reise des Kaisers nach Frankfurt veranlassen werde, für nicht begründet.

Nicht etwa, sagt die „Ost. Post“ hinzu, als ob die deutschen Abgeordneten im österreichischen Reichsrath gleichgiltig wären gegen die Reform der deutschen Bundesverfassung, im Gegentheil dürfte eine überwiegend große Anzahl dieser Abgeordneten demnach den Beweis an den Tag legen, daß es ihnen eben so ernst um die deutsche Sache ist, als den Mitgliedern des deutschen Abgeordnetentages; nur ist man der Meinung, daß der Reichsrath nicht der Ort hierzu ist, wie denn überhaupt die Ansicht vorherrscht, daß, wenn die Wahlen für ein zukünftiges deutsches Volkshaus in Oesterreich aus Delegirten angeordnet würden, dieselben nicht von Seiten des Reichsraths, sondern von Seiten der Landtage zu geschehen hätten. Der Reichsrath ist eine Körperhaft, in welcher auch nicht zum Deutschen Bunde gehörige Nationalitäten vertreten sind; es dürfte auf ungemaine Schwierigkeiten stoßen, die deutschen Gruppen derselben speziell zur Besichtigung eines Parlaments zu vereinigen, dessen Thätigkeit erst mit jener des Reichs-

raths in eine verfassungsmäßige Harmonie gebracht werden muß, um die Kompetenzen beider vor einer Kollision zu bewahren. Die Landtage der deutschen Bundesgebiete können jedoch, ohne mit der Landesverfassung von vornherein in irgend einen Kompetenzkonflikt zu gerathen, ihre Abgeordneten wählen und nach Frankfurt senden. Es ist auch nicht zu übersehen, daß die 75 Abgeordneten, welche die Reformakte für Oesterreich festsetzt, unausgütlich dem Reichsrath entzogen werden könnten; ein solcher Abgeordneter würde dann drei Parlamenten angehören: dem heimischen Landtage, dem Reichsrath und dem Frankfurter Parlamente.

Italien.

Turin, 12. Sept. Die Gefangenen des „Annis“ sind diese Nacht auf der Grenze des Mont Genis der italienischen Gendarmen überliefert worden.

Turin, 12. Sept. Die Zeitungen veröffentlichen eine in Rom vom Garibaldi'schen Komitee verbreitete Proklamation; dies Schriftstück trägt die Unterschrift Garibaldi's. Der Marquis Caracciolo reist morgen nach Lissabon ab.

Turin, 12. Sept. Man versichert, sagt die „Stampa“, daß in Folge der Repressalien, welche der päpstliche Hof gegen den italienischen Konjul in Anwendung gebracht hat, die italienische Regierung sämmtlichen in den Städten Italiens wohnhaften päpstlichen Konjulen das Exequatur entziehen wird. — Dasselbe Blatt sagt, daß der Provinzialsuperior der Kapuziner der Basilicata ein Zirkular veröffentlicht hat, in welchem er erklärt, dem ministeriellen Ausschreiben, welches die Geistlichkeit auffordert, ihren Einfluß auf Unterdrückung des Brigantentums geltend zu machen, beizutreten.

Rom, 12. Sept. Dem italienischen Konjul dahier ist das Exequatur entzogen worden, als Repressalie für die gegen den päpstlichen Konjul in Neapel ergriffene ähnliche Maßregel.

Rom, 11. Sept. Das „Giornale di Roma“ veröffentlicht eine Bulle, durch welche der Papst anzeigt, daß er in Sinigaglia mehrere höhere Erziehungsanstalten, zwölf Seminarispendien, ein Hospital für chronische Kranken, ein Asyl für junge Waisen gestiftet, und allen diesen Anstalten gewisse Einkünfte aus seinem Privatvermögen überwiesen habe. Da die „subalpina“ Regierung sich der Revenüen dieser Institutionen bei ihrer Invasión der Marken bemächtigt hat, so erklärt der Papst die Bullen ihrer Stiftung für aufgehoben und will, daß ein Kapital von 1,800,000 Scudi zu ihren Gunsten von seinen Privatgütern verfügbar bleibe.

Frankreich.

Paris, 13. Sept. Der „Moniteur“ enthält ein kais. Dekret, welches dem Grafen v. Perjigny die Herzogswürde verleiht. — Ferner bringt das amtliche Organ einige Notizen über die bevorstehende Reise des Königs Georg nach Griechenland. Es bemerkt, der junge König werde Kopenhagen am 12. — 14. Sept., von seinem offiziellen Gefolge begleitet, verlassen, dann nach Brüssel, London und Paris gehen, um sich endlich in Toulon an Bord der griechischen Fregatte „Hellas“ einzuschiffen. Man hofft, daß das Wahlergebnis des jenseitigen Parlaments ihm während seines Aufenthalts in London oder Paris so zeitig zugehen werde, daß er in der zweiten Hälfte Oktober in Athen ankommen könne. — Das „Mém. dipl.“ behauptet, daß die Veröffentlichung der Depeschen der drei Höfe keinesfalls vor Empfang der russischen Antwort statthaben wird. Letztere könne aber vor Montag oder Dienstag nicht in den Händen des Hrn. Drouyn de Lhuys sein, selbst wenn Hr. v. Bubberg Befehl erhalten habe, sie sogleich zu übergeben. — Dasselbe Blatt widerspricht entschieden den Gerüchten, welche behaupten, die Beziehungen zwischen dem Kaiser Alexander und seinem Bruder, dem Großfürsten Konstantin, seien sehr kalt geworden. Der Kaiser habe im Gegentheil seinem Bruder während des Aufenthalts in St. Petersburg die Beweise seiner brüderlichsten Freundschaft und des höchsten Vertrauens gegeben. — Wie das „Mémor. Diplom.“ weiter meldet, war seit einiger Zeit in der diplomatischen Welt die Rede von dem Plane einer Verbindung des Prinzen Humbert, präsumtiver Thronerbe Viktor Emanuels, mit einer portugiesischen Prinzessin.

Spanien.

Madrid, 12. Sept. Die progressivsten Blätter veröffentlichen die Auseinandersetzung der Motive zur Nichtbetheiligung an den Wahlen. Die Verfasser der Darlegung, welche das Enthalten anrathen, halten der progressivsten Partei eine Lobrede; sie zählen die Dienste auf, welche die Progressivisten dem konstitutionellen Thron und der Freiheit gegen die Anhänger der absoluten Monarchie geleistet haben, protestiren gegen das eingeschränkte Versammlungsrecht, und werden all' ihr Streben und ihr Leben daran setzen, es vollständig zu erlangen. Sie fügen hinzu, daß die Progressivistenpartei nicht aus den Grenzen der Geselligkeit hinaustrreten werde, denn Spanien würde durch den Aufruhr die Wohlfahrt verlieren, welche die Progressivisten ihm gegeben hätten. Sie wollen das Versammlungsrecht in derselben Ausdehnung, wie es in England besteht. Die Darlegung sagt, eine wahre konstitutionelle Regierung müsse aus freier Wahlen hervorgehen; sie verspricht, den Klippen des Enthaltens auszuweichen und nie zu revolutionären Maßregeln zu greifen, um zur Freiheit zu gelangen. Der Beschluß des progressivsten Komitees von Madrid in Bezug auf das Enthalten bei den Wahlen wird nicht von allen progressivsten Blättern der Provinzen angenommen.

Madrid, 12. Sept. Die konservativen Blätter greifen die Auseinandersetzung der Beweggründe zur Nichtbetheiligung an den Wahlen lebhaft an. Sie erinnern daran, daß die Progressivisten früher die Nichtwähler daran gehindert haben, an den Wählerversammlungen Theil zu nehmen. Sie bedauern in der Auseinandersetzung den Mangel von wohlwollenden Worten für die Krone. Sie versichern endlich, daß die Progressivisten in der Kammer vertreten sein werden.

Die „Correspondencia“ widerlegt die Gerüchte von einer Ministerkrise.

Rußland und Polen.

Aus Rußland, 2. Sept. Man schreibt der „Kreuz-Ztg.“: Nach einer Mitteilung aus Riga ist ein Baron v. Manneuffel in dem Badoerte Kemineru auf Befehl Murawiew's verhaftet und nach Wilna abgeführt worden. Der Verhaftete hat zwar in Lithauen Besitzungen, ist aber Kurländer, und nach den bestehenden Privilegien des kurländischen Inbegriffs hat er zu dessen Korporation gehörender Edelmann nur von Einem gleichen, also ein kurländischer Edelmann nur von kurländischen Edelleuten, beziehungsweise durch das Oberhofgericht, gerichtet werden. Sollte nun die Militärgerichts-Gewalt von Wilna (Murawiew) gegen den verhafteten kurländischen Edelmann richtend vorgehen und irgend einen Strafakt verhängen, so dürfte dies sehr leicht zu einem Konflikt mit der kurländischen Ritterschaft Veranlassung geben.

St. Petersburg, 7. Sept. Man schreibt der „Kreuz-Ztg.“: Die kurze Anwesenheit des Großfürsten Konstantin hier ist wie ein Traum vorübergegangen, ohne einen andern Eindruck zu hinterlassen, als die Frage: Was nun? Als der Großfürst von hier fortging, um sein unantastbares Amt anzutreten, begriffen es Viele nicht, daß man überhaupt diesen Weg eingeschlagen. Alle aber erwarteten, daß der Versuch gelingen würde. Er ist aber nicht gelungen, und daher die Stimmung des Publikums eine so wenig freundliche, daß der Großfürst sehr verstimmt von hier abgereist sein soll. Ein unangenehmer Vorfall im „englischen Klub“ hat dazu beigetragen, diese unerfreuliche Stimmung des Publikums noch zu erhöhen. In dem Erfolge des Großfürsten befand sich auch der Generalmajor à la suite Stürler, früher Kommandeur des Garde-Manuevregiments „Kaiser“ und Sohn des am 14. Dez. 1825 bei dem Militäraufstande getöteten Obersten des Leibgarde-Grenadierregiments. Direkt mit dem Großfürsten aus Warschau angekommen, speiste er im „englischen Klub“ und sprach sich über den General Murawiew in Wilna so wegzwerfend aus, daß der ihm gegenüberstehende General Menlow, Redakteur des „Militärischen Sammlers“, erklärte, er könne dergleichen Meinungen nicht dulden. Ein Wort gab das andere und die ganze Tischgesellschaft nahm so entschiedene Partei für Murawiew gegen Stürler, daß diesem Nichts übrig blieb, als den „Klub“ zu verlassen.

Amerika.

Neu-York, 3. Sept. Der republikanische Konvent von Neu-York hat beschlossen, daß den Insurgenten keine Friedensvorschläge gemacht werden sollen; er verpflichtet, die Regierungspolitik zu unterstützen. Hr. Lincoln erklärt in einem an den Konvent gerichteten Briefe, daß ein jeder Kompromiß mit den Empörern unmöglich ist. — Die Gouverneure der Staaten des Südbundes, welche sich in Richmond versammelt haben, erklärten die Bewaffnung der Regener für notwendig. 400,000 Regener sind unter die Waffen gerufen worden. Es geht das Gerücht, Lee habe die Absicht, eine Bewegung zu machen, um Meade in den Planten anzugreifen. Die Südstaatlichen haben nördlich von Rappahannock beträchtliche Streitkräfte unterhalb Fredericksburg. Eine starke unionistische Expedition soll von New-Orleans nach Mobile und Tejas geschickt werden. Der Konvent von Missouri fordert die unionistische Regierung auf, dem französischen Einfluß in Mexiko Widerstand zu leisten. Es geht das Gerücht, daß Hr. Hunter als Repräsentant des Südbundes nach Mexiko gehen werde, um einen Vertrag abzuschließen, dessen Basis einerseits die Anerkennung des Erzherzogs Maximilian als Kaiser von Mexiko, andererseits die Anerkennung der Südstaaten von Seiten Mexikos sein würde. Die Konfiskation dauert in den Dist- und Centralstaaten fort, aber ihre Erfolge sind wenig befriedigend. Hr. Chase hat eine neue Anleihe von 50 Millionen Doll. vorgeschlagen. Berichte aus dem Süden melden, daß die Unionisten bei ihrem Angriff gegen Fort Wagner zurückgeschlagen worden sind. Das Fort Sumter wird nicht verlassen werden, ob es gleich in Trümmern liegt. General Beauregard hat beschlossen, es zu behaupten, und er kann dies mittelst provisorischer Verteidigungswerke ausführen. Das Bombardement von Charleston hat aufgehört.

Vera-Cruz, 6. Aug. (Ueber Havana). Die Franzosen haben Minatikan besetzt; ebenso Tampico. Die mexikanischen Blätter sprechen noch immer von der Absicht des Triumvirats, welches mit der Regierung beauftragt ist, den Südbund anzuerkennen, sobald man die Nachricht von der Annahme des Erzherzogs Maximilian erhalten habe.

Baden.

Karlsruhe, 14. Sept. Gestern Nachmittag bewegte sich ein zahlreicher Trauerzug, an welchem sich alle, auch die höchsten Stände, sowie die hiesigen Notabilitäten der Kunst und Wissenschaft beteiligten, dem Friedhof zu. Es galt, dem am 11. d. nach nur zweiwöchiger Krankenlager dahingeshiedenen Direktor der groß. Kunstschule, Hrn. Prof. W. Schirmer, die letzte Ehre zu erweisen. Sein Tod bringt nicht bloß in die junge Kunstanstalt, sowie in die hiesigen künstlerischen Kreise eine empfindliche Lücke, sondern wird allenthalben im Reich der deutschen Malerei, in welcher er zu den Ersten seines Fachs zählte, zumal von seinen zahlreichen Schülern, mit aufrichtigem Schmerz empfunden werden. Am Grabe erschollen Trauergesänge und außer dem funktionierenden Geistlichen ergriff Hr. Hofmaler F. Diez das Wort, um dem verwitweten Meister einen kurzen Nachruf zu widmen. Letzterer hat sein Leben nur auf 56 Jahre gebracht. Wir hoffen, bald einiges Nähere über seinen Lebensgang mitteilen zu können.

Pforzheim, 14. Sept. Begünstigt vom herrlichsten Wetter ist der gestrige erste Tag des hier gefeierten zweiten oberberkeinschen Turnfestes unter Beteiligung einer unansehnlichen Menschenmenge in bester Weise vorübergegangen. Der Empfang auswärtiger Turner fand schon Samstag Nachmittag und theilweise gestern Morgen statt. Im Ganzen mögen etwa 700 fremde Turner aus allen

Theilen des Landes, sowie auch aus dem benachbarten Württemberg und selbst aus der Schweiz sich hier eingefunden haben. Die Festlichkeit wurde Samstag Abends schon durch Zapfenstreich und einen Umzug durch die Stadt eingeleitet. Gestern Morgen um 6 Uhr war Tagwache und um 10 Uhr fand auf dem Lindenplatze die Aufstellung sämtlicher Turner und Festzüge statt. Dieser selbst war ein über die Maßen imposanter und glänzender, und hatten sich hierbei, außer den hiesigen und auswärtigen Turnern, welche je durch einen Schildträger geführt wurden und deren Anzahl zusammen über 1000 betrug, ein hübscher Kranz von weißgekleideten, mit schwarz-roth-goldener Schärpe und einem Epenkranz geschmückter Festjungfrauen, dann die eingeladenen hiesigen Gäste und Turnfreunde, der Schützenverein, die verschiedenen Gesangsvereine, der Arbeiterbildungs-Verein und die städtische, sowie die Bendiser'sche Feuerwehr angeschlossen. Dazwischen waren die Festordner, der Festauschuß, die verschiedenen Fahrenträger, mehrere Musikkorps, sowie die Turner selbst in malerischen Gruppen im Zug vertheilt.

Nachdem der Festzug sich nach dem Marktplatz begeben und von da einen Theil der Stadt unter Musikbegleitung durchschritt hatte, bewegte sich derselbe nach dem Festplatze, nämlich dem neuen Turnplatze. War das Auge schon beim Umzuge in der Stadt durch den reichen Fahnen Schmuck in den badi'schen und deutschen Farben, sowie durch sonstige Ausschmückungen der Häuser angenehm berührt, so war man aber bei Ansicht des neu angelegten, schön verzieren Turnplatzes, sowie der prächtigen Turnhalle wahrhaft überrascht, und gewiß ging manchem fremden Turner das Herz auf, als er dessen ansichtig wurde, was hier ein erleuchteter, von Ungleichheit nicht bestrittener Bürgerinn zur Hebung der Turnerei geschaffen hatte.

Nach Aufstellung der verschiedenen, an dem Zuge sich Beteiligten fand nun der erste Akt des Tages statt, nämlich die Einweihung der Turnhalle. Dieser wurde eingeleitet durch den gelungenen Vortrag eines Choral's von Seiten der hiesigen verbündeten Gesangsvereine. Hierauf sprach Hr. Oberbürgermeister Schmidt Worte der Begrüßung an die versammelten Turner, wobei er in gehobener Stimmung die Befriedigung ausdrückte, daß Pforzheim, wo man die richtige Bedeutung der Turnerei längst erkannt habe, zum Vorort des oberberkeinschen Turnerbundes gewählt wurde, und schloß dann mit einem „Gut Heil“ auf den Schöpfer und Beförderer der für Volkswohl gegründeten Institutionen, auf den deutsch-patriotischen Fürsten: Sr. Königl. Hoheit den Großherzog, in welches die ganze Versammlung mit Begeisterung einstimmte.

Nach Absingung des deutschen Vaterlandsliebes hielt dann der Vorstand des hiesigen Turnvereins und zugleich Vorsitzender des oberberkeinschen Turnerbundes, Hr. Fabrikant G. Bickler von hier, die Festrede.

In schwungvollen Worten gedachte er hierbei der doppelten Aufgabe des zu feiernden Festes, nämlich als eines Festes, das der Turnerei im Allgemeinen und das dann aber noch speziell der Einweihung der neuen Turnhalle gelte, welche einem osterbereiten, einheitsvollen Bürgerinn ihre Entstehung verdanke. In Betreff des ersten Punktes der Festaufgabe führte der Redner aus, wie die Turnerei, ähnlich wie die Schützen- und Gesangsvereine etc., im Dienst des deutschen Vaterlandes stehen müsse, indem sie Männer heranziehe, die ein Herz für des Vaterlandes Größe und Unabhängigkeit haben und dabei auch leiblich gekräftigt sind, um, wenn es gilt, diese Güter erkämpfen und behaupten zu können. Mit einem dreifachen „Gut Heil“, in welches die Menge einstimmte, schloß der Redner. Nach Absingung eines weiteren patriotischen Liedes fand der Rückmarsch unter Musikbegleitung durch die Turnhalle nach dem Marktplatz statt, woselbst der Festzug nach einer äußerst malerischen Abwicklung sich auflöste.

Nachmittags 3 Uhr fand der Zug der Turner auf den Festplatz statt und begannen dann daselbst die verschiedenen Turnproben. Zunächst fanden gemeinschaftliche Festübungen statt. Diesen folgten das Ringturnen an zwei Gräben, und zuletzt reichte sich dann ein Schauturnen von Vorturnern des hiesigen Vereins am Red und Schwingel, sowie Rittturnen an. Boien das pünktliche Zusammenreffen von mehr als tausend Turnern bei den verschiedenen schönen Uebungen im Feierturnen schon ein äußerst angenehmes Schauspiel, so wurde der Augenschein aber bei den verschiedenen Baronsbüden hiesiger Turner, namentlich am Red, in der That in Staunen versetzt, und haben auch die hierbei bewiesene Gelenkigkeit, sowie die gezeigten Kraftproben den ungetheilten Beifall der gesammelten Turnerschaft gefunden.

Der Schluß des Tages bestand in einem, durch ein passendes Festspiel eingeleiteten Banket in der Festhalle. Jenes war für den Tag besonders von unermesslichem Reize und gediegt und betraf die Sache der Turnerei, ihre Beschüger und Gegner. Die Anlage, wie der Vortrag des Stüdes von Seite hiesiger Turner war die gelungenste, ebenso die hierbei vorkommenden musikalischen Vorträge, welche gleichfalls von einem Sohne hiesiger Stadt, Hrn. G. Christmann, in Musik gesetzt waren.

Wurde am Schluß des Festspiels schon durch ausgebrachte „Gut Heil“ der Turner, ihres Vorstandes, Hrn. Bickler, dann der Stadt Pforzheim, sowie des allverehrten Fürsten und des theuern Vaterlandes gedacht, so verließ dann bei dem darauf folgenden Bankette Hr. Prof. G. A. v. Karlsruhe, welcher hieher eingeladen war, den Todten von Leipzig in langer Rede Worte der Erinnerung und brachte ihrer Aufseherung ein „Gut Heil“.

Damit schloß der erste Tag des bis jetzt in jeder Beziehung sehr gelungenen Festes. Auf dem Festplatze waren Tribünen für die eingeladenen Gäste und sonstige mit Einladungen versehene Personen angebracht; neben dem Festplatze aber waren auf einem ausgedehnten Wiesenebene in großer Zahl Buden zur Erfrischung und zur Volksbelustigung aufgeschlagen, und tummelte sich daselbst bis zur späten Abendstunde eine zahlreiche Menschenmenge im fröhlichen Gemüthe herum.

Heute findet das Wettturnen und die Preisvertheilung statt.

Baden, 13. Sept. Die hiesige Wasserleitungs-Gesellschaft sah sich bereits seit längerer Zeit in die unangenehme Lage versetzt, daß der Ertrag der Quellen bei der ungewöhnlichen Vorkommnisse, die dem Unternehmen zugewendet wurde, und bei dem daraus entstehenden außerordentlichen Verbrauch nicht mehr auszureichen drohte. Bisher waren alle Anstrengungen der genannten Gesellschaft, sich neue Wasserquellen zu eröffnen, vergeblich. Jetzt endlich scheint ein günstiges Ergebnis ihre Bemühungen mit Erfolg krönen zu wollen und dem beschriebenen Wassermangel eine gründliche Abhilfe in Aussicht zu stehen. Man hat sich nämlich neuerlich an den Bergingenieur Henoch aus Berlin gewendet, der sich in der jüngsten Zeit im Aufsuchen von Quellen so außerordentliche Erfolge zu erfreuen hat, daß er sich nicht allein in den deutschen, sondern auch in den angrenzenden Ländern einen bedeutenden Ruf erworben, und denselben einladen, dahier an

Ort und Stelle seine Beobachtungen anzustellen. Wie vor einigen Jahrzehenden in Frankreich der berühmte Duellenfinder Abbé Paramelle, hat auch Henoch sein System auf rein wissenschaftliche Prinzipien gegründet, nur daß diesem eine größere Zukunft blähen muß, da er dem Studium jener Wissenschaften, auf denen sein System beruht, und in welchen Paramelle nur Dilettant war, sich von Jugend auf ausschließlich gewidmet und später in fünfzehnjähriger ausübender Thätigkeit die unentbehrlichen praktischen Kenntnisse erworben zu der Laufbahn, die er als seinen Lebensberuf erkannt, und zwar mit einem Erfolge, wovon einige Tausend ergiebige Wasserquellen Zeugnis abgeben, deren Auffindung er seiner glücklichen Kombinationsgabe und seinem sichern Blick neben großer praktischer Erfahrung verdankt. Der Einladung folgend, hat Hr. Henoch bereits seit einigen Tagen seine Arbeiten in unserer Umgegend mit Untersuchung der Terrain- und Bodenverhältnisse begonnen und ist gegenwärtig mit Abfassung eines umfassenden Gutachtens über den Befund beschäftigt. Dem Vernehmen nach ist das vorläufige Ergebnis über alle Erwartung günstig ausgefallen. Die geognostischen Verhältnisse des Posthales, die Schichtungs- und Lagerungseignungen des Gebirges und die Formation der Oberfläche erfüllen nach seiner Ansicht alle Voraussetzungen, durch welche das Vorhandensein großer, noch unbenützter, unterirdischer Wasservorräthe bedingt wird. Uebrigens werden sich die Arbeiten nicht allein auf den Auftrag der Wasserleitungs-Gesellschaft beschränken. Die städtische Behörde hat in der Berücksichtigung, daß die Vergrößerung der Stadt fortwährend zunimmt, und die Errichtung weiterer kalten Brunnen in den neuen Stadttheilen wohl in Abde nötig fallen werde, den Hrn. Henoch um Abfassung eines Gutachtens in diesem Betreff ersucht. Auch von anderer Seite ist ihm ein ähnlicher Auftrag geworden, der seine Thätigkeit für das Thal von Badenweiler in Anspruch nimmt.

Vermischte Nachrichten.

Mainz, 11. Sept. Wie man hört, hat sich der Präsident des großh. Obergerichts, Dr. Knyp, veranlaßt gesehen, die auf ihn gefallene Wahl eines Präsidenten der ständigen Deputation des Juristentages abzulehnen.

Gegenwärtig findet dahier die Inspektion der Bundesfestung Mainz in Bezug auf das Fortifikationswesen und die Artilleriebestände statt.

Aus Westphalen, 10. Sept. Der „Hellweger Bote“ hat die erste Verwarnung erhalten, und in Wiedenbrück ist vom dortigen Gericht der Redakteur der dort erscheinenden „Kleiner Zeitung für Stadt und Land“, Dr. Otto Küning aus Rheba, bekanntlich auch Mitglied des eben aufgelösten Abgeordnetenhauses, von der Staatsanwaltschaft vom Kreisgerichte zu Bielefeld beschuldigt: in einem Artikel dem Ministerium Bismarck den Vorwurf „der Unredlichkeit“ gemacht zu haben, zu einer Geldbuße von 50 Thlr. verurtheilt worden.

Gelbfern, 12. Sept. Heute Morgen 8 Uhr kam Sr. Maj. der König mit Gefolge in Krefeld an und wurde daselbst von den Provinzial-, Bezirks- und städtischen Behörden empfangen. Die patriotischen Vereine, sowie eine Anzahl Arbeiter aus den an der Eisenbahn liegenden Maschinenwerkstätten riefen Sr. Maj. ein „Hurrah“ zu. Der Bahnhof war mäßig geschmückt, doch erblickte man unter den wenigen Fahnen auch eine deutsche. Der König nahm ein Frühstück bei dem Fehrn. v. d. Leyen ein und fuhr dann nach Geldern, wo er um 11 Uhr anlangte. Auch hier sah es an diesem denkwürdigen Tage „recht kahl und wenig jubelstierlich“ aus. Von dem Festkomitee und Notabeln der Gegend empfangen, begab sich der König in die Stadt und trat auf den Balkon des Rathhauses. Der Erbmarschall von und zu Hoenbroich besieg die kleine Tribüne und hielt eine längere Ansprache an Sr. Majestät, in welcher er, an die Geschichte des Gelderlandes anknüpfend, die Bedeutung des heutigen Festtages in warmen, schwungvollen Worten hervorhob und dem König für die der Stadt Geldern erwiesene Huld innig dankte. Diese Ansprache machte auf das zahlreich versammelte Publikum den günstigsten Eindruck. Der König äußerte sich etwa in folgender Weise: Es gereiche ihm zu besonderer Freude, die Subjugation, die schon seinen Vorfahren vor 150 Jahren dargebracht seien, von dem treuen Gelderlande abermals entgegen zu nehmen. Eine große Genugthuung sei es ihm gewesen, dem Feste selbst anzuwohnen zu können. Er habe sich von der patriotischen Gesinnung dieser Bevölkerung überzeugen können und hoffe, daß sich diese Gesinnung in unserer ersten Zeit bewähren und fählen möge. Er fordere alle Anwesenden auf, mit ihm das Vaterland leben zu lassen. Preußen hoch!

Die Versammlung stimmte begeistert in diesen Ruf ein. Hierauf folgten die üblichen Vorstellungen, und Sr. Maj. der König begab sich sodann auf das dem Erbmarschall v. Hoenbroich gehörende Schloß Haag, wo er etwa zwei Stunden verweilte.

Um halb 2 Uhr kehrte der König zurück, besuchte die Veteranen, und begab sich dann in das Schützenlokal, wo das große Banket (etwa 200 Gedecke) abgehalten wurde. Das Schützenlokal war äußerlich gar nicht decorirt. Auf den Ausschmuck des Innern hat man einige Sorgfalt verwandt. An den 14 Pfeilern, welche das Zelt tragen, waren die Namen und Wappen der früher zu Geldern gehörenden Ortsherrschaften angebracht. Hoch über dem Sessel, auf dem Sr. Maj. Platz nehmen sollte, glänzte die preussische Königskrone und darüber endlich die Namen der vier Städte des früheren Herzogthums: Geldern, Straelen, Wachtenbont und Biersen. Außerdem war auch die Büste des Königs in dem mit preussischen Fahnen besagten Zelt aufgestellt.

Bei dem Festessen brachte der Erbmarschall von und zu Hoenbroich das erste Hoch aus auf die Einverleibung des Herzogthums Geldern, worauf Sr. Maj. der König antwortete und die Anwesenden die preussische Volkshymne: „Heil dir im Siegerkranz“, anstimmten. Um 5 Uhr war das Essen beendet. Sr. Maj. der König übernachtet hier auf dem Schloß Haag. Heute Abend ist Illumination und Ball, dem Sr. Maj. betwohnen wird. (Nach der „Köln. Ztg.“)

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 15. Sept. 3. Quartal. 89. Abonnementsvorstellung. **Antigone;** Tragödie des Sophokles; überfetzt von Ahrens; Musik von Mendelssohn.

Theater in Baden.

Mittwoch 16. Sept. **Antigone;** Tragödie des Sophokles; überfetzt von Ahrens; Musik von Mendelssohn.

3.a.294. Ettlingen. Ferner Verwandten und Freunden gebe ich die Nachricht von dem am 12. d. M. nach kurzem Leiden erfolgten Ableben meiner lieben Frau Anna Stengel, geb. Steingetter. Ettlingen, den 13. September 1863. Stengel, Major.

3.a.297. Karlsruhe. **Bekanntmachung.** Die Errichtung einer Telegraphenstation in **Hockenheim** betr. Am 20. September l. J. wird die neuerrichtete Telegraphenstation **Hockenheim** als Vereinstelegraphenstation mit beschränktem Tagesdienste dem allgemeinen Verkehr übergeben werden. Karlsruhe, den 12. September 1863. J. A. d. D.: Poppen.

3.a.118. Im Verlag von **Ch. Th. Groos** in **Karlsruhe** erschien so eben und ist in allen Buchhandlungen vorräthig oder durch dieselben zu beziehen: **Gruber, Karl**, groß. Oberlehrer, der arithmetische Unterricht in Gymnasien und höheren Bürgerschulen. Zum Gebrauche des Lehrers bearbeitet. Erster Theil. Zweite Auflage. Eine Fortsetzung des Rechenunterrichts in der Volks- und höheren Bürgerschule von demselben Verfasser. gr. 8. geh. 1 fl. 45 kr. — für den Schüler bearbeitet. gr. 8. geh. 48 kr.

3.a.117. **Für Leidende!** Auf die Heilung der aus gewissen geschlechtlichen Verfehlungen entstandenen Folgen und Schwächezustände bin ich durch viele Erfahrungen in ausgezeichnete Weise eingeleitet und offerire mich zu Hilfeleistungen. Auf Verlangen erhält Patient eine Druckschrift zugesandt, woraus er alle nöthige Aufklärung schöpfen und meine Befähigung als Spezialarzt erkennen kann. Briefe unter der Adresse: **Dr. di Centa** in Schwab. Hall.

3.a.287. Furtwangen. **Erledigte Thierarztstelle.** Die Thierarztstelle für die Orte Neutisch, Güttenbach und Furtwangen, mit dem Wohnsitz in Furtwangen, ist in Erledigung gekommen, mit einem Aversum von 250 fl. jährlich. Die Bewerber um diese Stelle haben unter Vorlage ihrer Zeugnisse ihre Gesuche bis 1. Oktober bei unterzeichneter Stelle einzurichten. Furtwangen, den 13. September 1863. Bürgermeisterrat. Wintermantel.

3.a.287. Karlsruhe. **Aufforderung.** Wer an die Verlassenschaft des Herrn Gabriel Leonhard von Verdholz von hier irgend eine Forderung zu machen hat, wird hiermit aufgefordert, seine beschriftete Rechnung innerhalb acht Tagen in der Wohnung des Herrn Erblasers, Karlstraße Nr. 26 dahier, abzugeben, damit solche bei der Ertheilung berücksichtigt werden kann. Karlsruhe, den 12. September 1863. Süß, Notar.

3.a.262. Baden. A young lady, aged 30, English, who understands French and a little German is desirous of obtaining a situation as Governess or Companion in a Family of distinction. In addition to English and French, she is capable of imparting instruction in Music and Drawing in various styles. Address: **Dr. Finck, Villa Zeller, Baden.** Eine junge Engländerin, 30 Jahre alt, welche französisch und etwas deutsch spricht, wünscht eine Stelle als Erzieherin oder Gesellschaftsdame in einer angenehmen Familie. Sie kann in der englischen und französischen Sprache, ebenso in der Musik und im Zeichnen Unterricht erteilen. Näheres bei **Dr. J. Finck, Villa Zeller, Baden**, zu erfragen.

3.a.290. Kehl. Ein tüchtiger **Seifenfiedergesell** findet dauernde Beschäftigung bei **Joseph Schick** in Kehl. **Offene Stelle.** 3.a.292. Ein junger Mann kann sogleich in einem gemischten Waarengeschäfte eine Stelle finden. Zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.

Commisstelle-Gesuch. 3.a.227. Ein junger Mann, der seine Lehrzeit in einem gemischten Waaren-Geschäfte vollendet, und längere Zeit in einem Expeditions-Geschäfte conditio nirt hat, sucht eine Stelle. Gefällige Offerten unter Chiffre 226 besorgt die Expedition dieses Blattes.

3.a.229. Mannheim. **Agenten-Gesuch.** **Allgemeine Familien-Kasse.** Lebens-, Renten- und Aussteuer-Versicherungs-Gesellschaft, concessionirt für **Baden, Frankreich, Spanien und Italien**, sucht **Agenten** für größere Bezirke gegen gute Provision. — Anmeldungen beim Vorstand des **Hauptbureau** fürs Großherzogthum Baden, in **Mannheim** U 2 Nr. 1. **Sora.**

3.a.301. Berlin. **Agenturen** für Berlin und Umgegend werden von mir zu übernehmen gesucht. Siderheit kann geleistet werden. **Wibb. Junge**, Kaufmann in Berlin, Kurstraße 45/46.

3.a.160. **Süddeutsche Zeitschrift für Theater und Musik.** Herausgeber: **Dr. Wilhelm Hoffka.** Die süddeutsche Zeitschrift für Theater und Musik erscheint vom 4. Oktober an wöchentlich in einer Nummer. Inhalt: Original-Correspondenzen über die Zustände und Thätigkeit der Bühnen von **München, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt, Mannheim, Wiesbaden, Frankfurt.** Praktische Theaterfragen. Künstlernovellen. Biographien. Kunstgeschichtliches. Mittheilungen aus dem gesammten Gebiete der **Musik- und Theaterwelt.** Preis: am Ort des Erscheinens (**Mannheim**): 1 Thaler vierteljährlich. Durch die Postämter bezogen mit gewöhnlichem Postaufschlag. Direkte Zusendungen von der Expedition haben die Postgebühren zu tragen. **Bestellungen:** Auswärts bei den lbb. Postämtern und Buchhandlungen. In Mannheim: bei der Expedition der „Südd. Zeitschrift für Theater und Musik.“ 3.a.192.

3.a.192. **Bad Hub.** **Station Ottersweier.** Der Unterzeichnete beehrt sich anzuzeigen, daß mehrere schöne Appartements, sowie einzelne Zimmer wieder zu vergeben sind, und zum Empfang von Familien bereit stehen. Die natürlich schöne Lage, sowie der reizende Park, zum **Hub-Bad** gehörend, bieten dem Fremden alle mögliche Annehmlichkeiten und Erquickungen. Auch diene zur Nachricht, daß mit dem 10. September die **Traubenkur** mit Deidesheimer Trauben beginnt, auch die Kaltwasserbehandlung ununterbrochen fortgesetzt wird. **Häusling, Besitzer,** vormalig zum **Badischen Hof** in **Strasbourg.**

3.a.75. Mannheim. **Guano.** Sowohl von **Peru-Guano**, als auch von dem als Ersatz für gedämpstes Knochenmehl dienenden **Baler-Guano** haben wir neue Zufuhren erhalten und laden hiemit zu gefälligen Aufträgen ein, indem wir, wie gewohnt, für beste Qualität garantiren. **J. P. Lanz & Cie** in **Mannheim,** Maschinen- und Guano-Geschäft.

3.a.748. Mannheim. **Gasthof-Versteigerung.** Der den Erben des + Partikuliers **Friedrich Schlehner** dahier gehörige, im hiesigen Stadtquadrate Lit. D. 1 Nr. 5 an dem Paradeplatz und den Planen gelegene **Gasthof zum Pfälzer Hof** wird der Theilung wegen **Donnerstag den 15. Oktober 1863, Vormittags 10 Uhr,** auf hiesiger Gemeinderathskanzlei durch **Notariatsassistenten Laib** dahier öffentlich versteigert. Die Steigerungsbedingungen liegen auf diesseitiger und der Gemeinderathskanzlei, sowie in dem Hause Lit. B. 2 Nr. 7 eine Stiege hoch zur Einsicht offen. **Mannheim, den 1. September 1863.** Großh. bad. Stadtkanzlei-Revisorat. **Wintner.**

3.a.285. Ein bad. **Stellegesuch.** Notar, 36 Jahre alt, verheirathet, welcher über Betragen und Fleiß die schönsten Zeugnisse aufweist, beabsichtigt aus verschiedenen Rücksichten seinen bisherigen Beruf mit einem andern zu vertauschen. Derselbe wäre zur Uebernahme einer Rathschreibers-, Verwalters- oder Buchhaltersstelle, oder eines Dienstes ähnlicher Art bereit, und wollen gefällige Anfragen an die Expedition dieses Blattes portofrei gerichtet werden. 3.a.300. Berlin. **Ein Aufseher** findet in einem größeren Geschäft eine dauernde Stelle mit 3- bis 400 Thlr. Einkommen. Fachkenntnisse werden nicht verlangt. Auftrag: **Wibb. Junge**, Kaufmann in Berlin, Kurstraße 45/46.

3.a.299. Karlsruhe. **Wohnungen zu vermieten.** Langestraße 155 sind 2 Wohnungen im 3. und 4. Stock, eine mit 8 Zimmern, eine mit 4 Zimmern, nebst Mandarden und sonstigem Zugehör, auf den 23. Oktober zu vermieten. 3.a.70. Gernsbach. **Bordeaux-Weine** der Herren **Labadie & Cie.** **St. Emilion, Medoc, St. Julien, Margaux, Chateau Lafite, Latour, rothe, Graves, Prolgnac, Sauterne Haut-Barsac, Beaum, veie, Liqueur, Eau de Vie & Rhums, Madeira, Malaga, Xeres, Porto, Moscatel, Champagne** etc., können direkt in größeren Partien und in Flaschen zu möglichst billigen Preisen und bei promptester Auslieferung der Bestellungen bezogen, und es kann mit Zufriedenheit auf die vorzügliche Güte der Weine dieses schon längst bestehenden Hauses aufmerksam gemacht werden durch. **Gernebach, den 29. August 1863.** **G. Drifler Sohn.**

3.a.269. Mannheim. **Französische Mühlsteine,** eigener Fabrik, aus den besten Brücken zu La Ferté sous Jouarre, unter Garantie der Lichtheit, zu den billigsten Preisen empfohlen, nebst allen Arten Mühlsteinen. **Habus & Stoll** in **Mannheim.** 3.a.273. Gaggenau. **Versteigerung.** Am Dienstag den 22. d. M. werden auf dem Hammerwerk in Gaggenau, Vormittags 9 Uhr, gegen Baarzahlung öffentlich versteigert: 11 große Citronenbäume, 1 Drangenbaum, 1 Lorbeerbaum, sämmtlich in eigenen Kübeln, Myrthen, Granaten und andere Topfstanzen in verschiedenen Abtheilungen, 1 Paar schleierfreie Chaisenpferde, Kapren, diverses Pferdegeschirr und Stallrequisiten, 1 Victoriawagen, 1 Schlitten, 1/2 holldr. Wagen, 1 Leiterwagen und ca. 70 Str. Heu; wozu Liebhaber eingeladen werden. 3.a.276. Nr. 2544. Eimsheim. **Haberverkauf.** Unter in etwa 450 Maltern besessener Habervorrath soll im Commissionswege verkauft

3.a.355. Karlsruhe. **Guano** aus der württembergischen Aktien-Gesellschaft für Fabrication von **Leim** und **Düngmitteln**, der in Hohenheim als das beste, wirksamste und zugleich billigste Düngmittel befunden wurde, wovon 2 bis 4 Str. per Morgen, je nach Beschaffenheit des Bodens, zur vollkommenen Düngung für 2 Jahre für alle Kulturpflanzen ausreichen; der Leichtigkeit der Anwendung wegen auch für Weinberge, sowie zum Bestreuen der Wiesen besonders zu empfehlen bei **Heinrich Rosenfeldt** in **Karlsruhe.**

werden, weshalb die Commissionen für das Malter Haber, versteigert, mit der Aufschrift „Angebot für Haber“, bis Freitag den 18. September, Vormittags 11 Uhr, portofrei hieher einzureichen sind. Zur Eröffnung der Angebote mit dem Eintritt dieser Stunde werden die Commissionsmitglieder eingeladen. **Sinsheim, den 12. September 1863.** Großh. Stifschaffner. **Banz.**

3.a.279. Nr. 1184. Karlsruhe. **Milchversteigerung.** Montag den 28. September d. J., Nachmittags 3 Uhr, wird auf der großh. Domäne **Stutensee** das Milchergebnis auf die Zeit vom 1. Oktober 1863 bis dahin 1864 öffentlich versteigert. **Karlsruhe, am 12. September 1863.** Großh. Gutsverwaltung. 3.a.295. Nr. 2027. Karlsruhe. **Bekanntmachung.** Höherem Auftrag zufolge werden am **Donnerstag den 24. d. Mts.,** **Vormittags 8 Uhr** anfangend, eine große Partie **herrenloser Heise, netten und Frachtgüter**, als: **Wägen, Hüte, Söcke, Schirme, Kleiderstücke, Kleidungsstücke, Hüte, leere Kisten, Säcke und Fässer**, gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert. **Karlsruhe, den 12. September 1863.** Verwaltungsbearbeiter: **Adam.**

3.a.275. Nr. 349. Stühlingen. (Holzversteigerung.) Aus den großh. Domänenwäldern des Forstbezirks **Stühlingen** werden bei halbjähriger Vorfrist öffentlich versteigert. **Dienstag den 22. September d. J.,** **District XI, 2 Buggenriederberg:** 50 tannene Stangen, 48 1/2 Klafter gemischtes Scheiter- und 92 Klafter gemischtes Prügelholz, sowie 2000 gemischte Wellen; **District XII, 1 Erlenberg:** 4550 tannene Stangen, 28 1/2 Klafter gemischtes Prügelholz und 1400 gemischte Wellen; **District XIII, 3 Erlenberg:** 1225 tannene Stangen, 33 Klafter gemischtes Scheiter, 87 1/2 Klafter gemischtes Prügelholz und 400 gemischte Wellen. Die Zusammenkunft ist im Hirschen in **Neuhlingen**, **Vormittags präzis 9 Uhr.** Bemerkt wird noch, daß die Käufer an guten Aufbruchwegen sind. **Stühlingen, den 10. September 1863.** Großh. bad. Bezirksforst. **Lautemann.**

3.a.277. Nr. 618. Berghausen. (Holzversteigerung.) **Wald Rittwoch** den 23. d. M. versteigern wir in dem **Domänenwald Rittwoch** nachbenannte Dürhböcher: 1 buchener, 7 eichene, 1 eisbeerener und ein birkener Nubholzfamm, 3 forlene und 38 tannene Nub- und Nubholzfämme, 12 starke Lannenstangen, 4 1/2 Klftr. buchene, 2 1/2 Klftr. eichene und 3 Klftr. asperne Scheiter, 2 1/2 Klftr. buchene, 2 1/2 Klftr. eichene und 30 1/2 Klftr. asperne und gemischte Prügel, 5 1/2 Klftr. Stockholz und 25 Forlenwellen. Zusammenkunft ist früh 8 Uhr beim **Rittwochhof**. **Berghausen, am 11. September 1863.** Großh. bad. Bezirksforst. **Ganer.**

3.a.900. Nr. 11974. Donaueschingen. (Verkaufmachung.) Die Konstitution pro 1864 betr. Die Losziehung der zur Konstitution pro 1864 gehörigen **Mannschaft** des hiesigen Bezirks findet am **Sonntag den 26. September d. J.,** früh 8 Uhr, im **Kathhaussaal** dahier statt; wozu die Pflichtigen vorgeladen werden. **Donaueschingen, den 9. September 1863.** Großh. bad. Bezirksamt. **Haas.**

3.a.897. Nr. 10,011. Labenburg. (Diebstahl und Fahndung.) Zu der Zeit vom 6. bis 9. d. Mts. wurden aus einem verschlossenen Koffer in **Woeheim** mittelst Erbrechens ein blauer Tuchrock im Werth von 16 fl., ein Hemd im Werth von 2 fl. entwendet. Dies wird zur Fahndung auf die entwendeten Gegenstände und den 3. St. unbekanntem Täter bekannt gemacht. **Labenburg, den 12. September 1863.** Großh. bad. Amtsgericht. **Bender.** vdt. **Hahn, A. J.**

3.a.892. Nr. 18,345. Heidelberg. (Bekanntmachung.) Unter Bezug auf unter Ausschreiben vom 24. v. M., Nr. 17,208, in Nr. 202 d. Blts. machen wir weiter bekannt, daß die Uhr den Namen „**Wible et Comp.**“ trägt, und die Nummer 19,650 und eine weitere Nummer 65,923. **Heidelberg, den 10. September 1863.** Großh. bad. Amtsgericht. **v. Piffagl.**

3.a.883. Nr. 13,193. Bruchsal. (Fahndung zurücknahme.) Die unterm 27. v. M. erlassene Fahndung, sowie die verfügte Vermögensbe-schlagnahme gegen den Soldaten **Florian Brenner** von **Hambriiden** werden zurückgenommen. **Bruchsal, den 7. September 1863.** Großh. bad. Oberamt. **Leiber.**

3.a.896. Nr. 8227. Staufen. (Fahndung zurücknahme.) Der von uns unterm 25. Juli d. J. wegen Betrugs zur Fahndung ausgeschriebene **Anton Wasmer** von **Reppel** wurde eingeliefert, weshalb wir das Ausschreiben zurücknehmen. **Staufen, den 1. September 1863.** Großh. bad. Amtsgericht. **Wolffinger.**

3.a.907. Nr. 10,165. Waldkirch. **Erledigte Kanzleigehilfen-Stelle** mit 250 fl. Gehalt und etwas Accidienten sogleich zu besetzen. Akkurat-Insizienten erhalten den Vorzug und mögen sich melden. **Waldkirch, den 12. September 1863.** Großh. bad. Bezirksamt. **Leiblin.**